

Stand: 06.02.2026 15:22:10

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2862

"Hitzeschild 2030 für Bayern: Grüne Schattenplätze statt grauer Hitzefallen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2862 vom 16.07.2024
2. Beschluss des Plenums 19/2943 vom 18.07.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 27 vom 18.07.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Hitzeschild 2030 für Bayern: Grüne Schattenplätze statt grauer Hitzefallen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Aufgrund der Klimakrise nimmt die Hitzebelastung für Mensch und Umwelt deutlich zu.
- Es wird Hitzevorsorge für alle Menschen in Bayern benötigt.
- Dörfer, Märkte und Städte müssen sich der Klimaerhitzung anpassen.
- Innerörtliche Gebiete sind im Vergleich zum Umland oftmals weniger gut durchlüftet, dicht bebaut, stark versiegelt und wenig begrünt. So entstehen lokale Wärmeinseln.
- In sommerlichen Nächten können die Temperaturen um bis zu 7 Grad wärmer sein als im Umland. Gesundheitliche Gefahren für die Bevölkerung sind eine Folge.

Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Kommunen die unmittelbaren Auswirkungen vor Ort kennen, entsprechend können sie am besten Hitzevorsorge betreiben und in Hitzeaktionsplänen verankern. Das heißt:

1. Die geeigneten Maßnahmen für den Bevölkerungsschutz bei Hitze planen und umsetzen, sodass die Krankenhäuser, Alten-, Pflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen auf Hitzewellen gut vorbereitet sind, genügend öffentlich zugängliche, klimatisierte kühle Räume verfügbar und bekannt sind, Trinkwasserbrunnen für Alle zur Verfügung stehen und eine Notfallstruktur für die vulnerablen Gruppen vorbereitet und bekannt ist.
2. Die geeigneten Maßnahmen planen, die Kommunen weniger stark aufheizen lassen, indem Frischluftschnäisen freigehalten werden, mehr Grünflächen und Beschattung eingeplant und graue Flächen entsiegelt werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die Kommunen aktiv bei der Erstellung dieser Hitzeaktionspläne und deren Umsetzung vor Ort insbesondere durch folgende Maßnahmen zu unterstützen:

- Werbung für die Notwendigkeit von kommunalen Hitzeaktionsplänen
- Unterstützung bei der Erstellung von Hitzeaktionsplänen
- umfassende finanzielle Förderung und intensive Begleitung der Hitzeaktionsplanung sowie deren Umsetzung

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, in den Regierungsbezirken Stellen zur Hitzekoordination einzurichten. Diese informieren die betroffenen Einrichtungen u. a. bei Hitzewarnungen des Deutschen Wetterdienstes und leiten die notwendigen Maßnahmen.

Schließlich wird die Staatsregierung aufgefordert, vor dem Sommer 2025 eine verbindliche Hitzestrategie „Hitzeschild 2030“ für Bayern vorzulegen sowie Notfallpläne für extreme Hitze und Wasserknappheit in allen Regierungsbezirken.

Begründung:

Durch die Klimakrise steigt die Zahl der „heißen Tage“ mit Temperaturen über 30 °C immer weiter an. Andauernd hohe Temperaturen haben vielfältige Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, besonders für ältere Personen, Schwangere, Säuglinge, Kleinkinder sowie Menschen mit Vorerkrankungen. Denn der Körper muss Schwerstarbeit leisten, um die Körpertemperatur konstant zu halten. In der Folge steigt auch die hitzebedingte Sterblichkeit in der Bevölkerung.

Bei länger andauernden Hitzeperioden kommen viele Einrichtungen mit vulnerablen Personen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Hier gilt es entsprechende Notfallkapazitäten zu sichern und überregional zu koordinieren.

Hitzeaktionspläne sind eine wichtige Arbeitsgrundlage für Kommunen und ein zentraler Baustein zum Gesundheitsschutz bei steigenden Temperaturen und ein wichtiger Bestandteil von regionalen Strategien zur Klimaanpassung. Sie müssen auf die Regionen zugeschnitten sein, dann sind sie eine Handlungsanleitung, wie Bürgerinnen und Bürger gewarnt und über mögliche Schutzmaßnahmen informiert werden können. Zentral sind sie vor allem präventive Maßnahmen, mit denen sich Kommunen an die veränderten klimatischen Bedingungen anpassen können.

Gerade im ländlichen Raum ist hier eine überregionale Zusammenarbeit in Notfallsituationen gefordert. Insbesondere für die Umsetzung der Hitzeaktionsplanung und in Notfallsituationen ist eine staatliche Koordinationsstelle zur Hitzevorsorge in den Bezirken eine wichtige Einrichtung.

Hitzeschutz muss als Querschnittsaufgabe begriffen werden und erfordert daher die enge Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Soziales, Stadtplanung und Bevölkerungsschutz. Die Staatsregierung ist als Koordinatorin gefordert, vor dem Sommer 2025 eine Hitzestrategie für Bayern „Hitzeschild 2030“ vorzulegen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl, Christian Hierneis, Laura Weber, Dr. Markus Büchler, Barbara Fuchs, Mia Goller, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 19/2862

Hitzeschild 2030 für Bayern: Grüne Schattenplätze statt grauer Hitzefallen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Patrick Friedl

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Franc Dierl

Abg. Andreas Birzele

Abg. Thomas Zöller

Abg. Anna Rasehorn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zunächst rufe ich zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,

Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hitzeschild 2030 für Bayern: Grüne Schattenplätze statt grauer Hitzefallen!

(Drs. 19/2862)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Patrick Friedl das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst mal freut es mich, dass ich die heutige Sitzung vor der Sommerpause eröffnen darf, und wünsche jetzt schon mal allen eine schöne Sommerpause.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN, der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

– Applaus von den Regierungsfraktionen ist sehr schön, danke.

Zunehmende Hitze, Hitzewellen, unerträgliche Temperaturen in unseren Innenorten, Aufheizung unserer Häuser und Wohnungen, gesundheitsgefährdende heiße Nächte, fehlende Kühlung, zugebaute Frischluftschneisen, graue Straßenzüge und Plätze, das sind schon und werden mit zunehmender Klimaerhitzung leider noch mehr unsere Probleme – Probleme für die Kleinsten unter uns, für ältere Menschen, für Menschen mit Vorerkrankungen, für Schwangere.

Wer sind die Gefährdeten? – Es ist die alleinstehende 80-jährige Frau, die in einer Dachwohnung eines mehrstöckigen Hauses lebt; das Haus steht mitten in einer der örtlichen Wärmeinseln, die im Sommer bis zu 5 Grad wärmer werden.

(Unruhe)

– Vielleicht geht etwas Aufmerksamkeit. – 5 Grad wärmer, das ist keine untypische Wärmeinsel, das ist eine typische Wärmeinsel, und zwar auch in kleineren Orten. Im Umfeld der Wohnung, innerhalb von hundert Metern, findet die Frau fast keinen Baum, keinen kühlen Platz in der sommerlichen Hitze, und nachts kühlte ihr Schlafzimmer nicht unter 25 Grad ab. Besonders betroffen ist auch die Familie, die mit ihrem kranken Kind in eine Klinik in einem Altbau muss; nach mehreren heißen Tagen steht die Hitze in den Krankenhauszimmern; so flüchten sie tagsüber ins Freie in den Gebäudeschatten in der Hoffnung auf etwas Luftbewegung und Verdunstungskühle. Wer meint, das seien einfach nur erfundene Dinge, dem sei gesagt: völliger Quark. Das habe ich persönlich so erlebt; ich habe die Menschen getroffen und mit ihnen gesprochen; das ist ihre Alltagsrealität, wenn es heiß wird.

(Zuruf von der AfD: Sommer!)

Darum geht es uns: Hier sind wir gefordert. Hier ist die Staatsregierung gefordert. Hier steht der Freistaat in der Verantwortung. Der Freistaat muss den Hitzeschutz in den Kommunen und in den Regionen koordinieren und fördern. Herr Söder, Frau Gerlach und Herr Glauber, das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Die Weltgesundheitsorganisation hat schon vor über 15 Jahren, ausgelöst durch die Hitzewelle 2003, die Hitzeaktionsplanung entwickelt. Eine Ad-hoc-Gruppe von Bund und Ländern hat vor 7 Jahren Handlungsempfehlungen dazu herausgebracht, also 8 Jahre hat sie gebraucht. Damit können sich Kommunen, Regionen und Länder jetzt strukturiert auf Hitzewellen vorbereiten. Hitzeaktionspläne sind das geeignetste und wichtigste Instrument zur Hitzevorsorge. Hitzeaktionsplanung und ihre Umsetzung sind der Hitzeschild, den wir so dringend brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Was denken Sie, wie viele Kommunen in Bayern schon einen Plan gemacht haben oder dabei sind? – Sechs!

(Zuruf von der AfD: Sechs Geisterfahrer!)

Sechs Städte und Gemeinden von 2.056 Kommunen! Im reichen Bayern werden die Bürgerinnen und Bürger nur unzureichend vor Hitze geschützt. Dieser Schutz ist besonders dort nötig, wo die Menschen mit dem geringsten Einkommen und mit der höchsten Gefährdung durch Hitzewellen wohnen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Es mag Sie vielleicht nicht interessieren, aber es trifft immer die Schwächsten in unserer Gesellschaft; denn meist liegen die bezahlbaren Wohnquartiere in den Innenorten und mitten in den Wärmeinseln.

Es ist höchste Zeit. Entwerfen wir also für den Freistaat Förderinstrumente, fördern wir auch endlich umfassend die Umsetzung von Hitzeaktionsplänen, unterstützen wir die Kommunen und die örtlichen Einrichtungen beim Hitzeschutz!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Hier braucht es klare Strukturen, klare Verwaltungswege und klare Zuständigkeiten. Gebiete, in denen Kaltluft entstehen kann, und örtliche Frischluftschneisen müssen gesichert und dürfen nicht bebaut werden. Wir brauchen grüne und blaue Inseln in den Orten, um auch bei Hitze denken, arbeiten und existieren zu können; wir brauchen erreichbare kühle Orte, mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen und Klimakarten, damit die Menschen die Wärmeinseln genauso kennen wie die kühlen Orte. Es braucht auch dringend Notfallpläne für extreme Hitzewellen.

Es ist an uns, der Staatsregierung jetzt aufzutragen, über Bayern den Hitzeschild 2030 aufzuspannen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Stimmen Sie für unseren Antrag! – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte noch kurz. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Gerd Mannes, AfD-Fraktion, vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Friedl, ich habe es Ihnen schon im Ausschuss gesagt: Das, was Sie als Apokalypse beschrieben haben, nennt sich eigentlich Sommer. Das gibt es schon seit ein paar tausend Jahren.

Da Sie gerade über die Schwächsten gesprochen haben: Wissen Sie, wer keine Rücksicht auf die Schwächsten genommen hat? – Sie mit Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben nämlich die Energiekosten viel zu hoch gemacht.

Die Frage, die ich an Sie stellen möchte, lautet: Es gibt 176 Länder auf der Welt, in denen es wärmer als in Deutschland ist. Wie kommen die Leute dort zurecht? Ich glaube, das ist kein Problem. Niemand braucht sich in die pralle Sonne zu legen. Da kann man einen guten Ratschlag geben. Sie müssen mit Ihrer apokalyptischen Rede aber nicht so maßlos übertreiben. Wir haben hier ganz normales Wetter.

(Beifall bei der AfD)

Patrick Friedl (GRÜNE): Zum einen: Die Apokalypse ist in Ihrem Kopf, sonst nirgends.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zum anderen: Schauen Sie einmal nach Nordeuropa. Dort ist es noch kühler. Dort gibt es richtig eiskalte Winter. Wenn es dort im Sommer bis zu 40 Grad heiß ist, haben die Leute auch Probleme. Dann gibt es in Stockholm Probleme, dann gibt es in Berlin Pro-

bleme, dann gibt es in München Probleme, und dann gibt es auch in Sommerhausen und in Eibelstadt Probleme.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gerd Mannes (AfD): Das nennt sich Sommer!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Andrea Behr.

Dr. Andrea Behr (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN betreffend "Hitzeschild 2030 für Bayern: Grüne Schattenplätze statt grauer Hitzefallen!". Dazu kann ich nur sagen: Guten Morgen, liebe GRÜNE, guten Morgen!

(Zurufe von den GRÜNEN: Guten Morgen!)

Der CSU-Arbeitskreis Gesundheit, Pflege und Prävention unter der Leitung von Bernhard Seidenath sowie die gesamte CSU-Landtagsfraktion beschäftigen sich schon seit Monaten mit dem Thema.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Hallo!

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Danke!

Bereits vor einem Jahr, nämlich am 7. August 2023, teilte Klaus Holetschek als damaliger Gesundheitsminister in einer Pressemitteilung mit, dass wir unsere Kommunen beim Hitzeschutz nicht im Stich lassen. Das Modellprojekt "HitziG", das das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit gemeinsam mit der Gesundheitsregion Straubing durchführt, leistet einen entscheidenden Beitrag für bayerische Städte und Kommunen zur Hitzeprävention; denn beim Thema Hitze ist die kommunale Ebene

entscheidend. Dort sind die wichtigen Akteure, um bei Hitzewellen rechtzeitig zu warnen und passgenaue Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger zu treffen.

Schauen wir einmal, was passiert, wenn GRÜNE in kommunaler Verantwortung stehen, wie, lieber Patrick, in unserer Heimatstadt Würzburg.

Eine zentrale Rolle nehmen dabei die Hitzeaktionspläne auf kommunaler Ebene ein. Hier ist die Stadt Straubing vorbildlich. Finanziert wurde das Projekt mit rund 107.000 Euro. Die Kosten dafür wurden zwei Jahre hintereinander, nämlich für 2022 und 2023, über die Fraktionsinitiativen der CSU abgesichert. Dadurch wurden bereits hilfreiche Maßnahmen umgesetzt, wie zum Beispiel eine Übersichtskarte über kühle Orte oder die Gründung von Hitzepatenschaften.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Zudem hat die Stadt Straubing in den Bau einer Sprühnebelanlage und eines Trinkbrunnes investiert.

Die Erkenntnisse des Modellprojekts in Straubing liefern wertvolle Ansatzpunkte für den individuellen Hitzeschutz in den Regionen; denn, so sagte damals Klaus Holetschek, im fränkischen Kitzingen ist das Wetter eben anders als in Garmisch-Partenkirchen. Außerdem darf man auch die Eigenverantwortung jedes Bürgers, der dazu in der Lage ist, nicht außer Acht lassen.

(Beifall bei der CSU)

Mein Hund, ein schwarzer Labrador, hat das Management der Hitze selber im Griff.

Im Mai dieses Jahres hat die bayerische Gesundheitsministerin Judith Gerlach darauf hingewiesen, wie gut die Zusammenarbeit mit den Kommunen in diesem Bereich vorangeht. Jede vierte Kommune in Bayern hat bereits erste Schritte unternommen und hat Ideen für Hitzeanpassungsmaßnahmen; im Jahr 2023 waren es nur knapp 15 %.

Ja, liebe GRÜNE, und wie schaut es denn in den grün regierten Kommunen aus? Kommen wir noch einmal auf meine Heimatstadt Würzburg zurück. Dort wurde von der grünen Mehrheit im Rathaus beschlossen, drei Bäume auf dem Würzburger Rathausplatz zu pflanzen – drei Bäume für sage und schreibe knapp 2 Millionen Euro. Eine unsägliche Verschwendug von Steuermitteln!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Patrick Friedl zu?

Dr. Andrea Behr (CSU): Am Ende. – Das ist eine unsägliche Verschwendug von Steuermitteln. Dafür hätte man die gesamte Stadt begrünen und klimaneutral machen können. Das ist wieder einmal nicht durchdacht und steht in keiner Kosten-Nutzen-Relation. Oder das rot-grün regierte München: Dort könnten Sie gleich einmal mit der Reduktion der Flächenversiegelung und dem Aufstellen von Springbrunnen etc. anfangen. Auf dem Marienplatz sehe ich eigentlich nur Steinwüste. Genauso ist es in den Stadtteilen Münchens. Wo am meisten grün gewählt wird, sind die Gärten aufgekiest und die Rasen millimeterkurz geschnitten; keine Bäume in den Gärten, alles steril. Überzeugen Sie sich doch einmal selbst.

Wir lassen unsere Kommunen mit den Herausforderungen und bei der Bewältigung des Klimawandels nicht allein

(Johannes Becher (GRÜNE): Welche Stadtteile sind das? Oder ist das fundiertes Halbwissen?)

und haben gemeinsam mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit eine zentrale Anlaufstelle für die Kommunen rund um das Thema Hitzeaktionspläne geschaffen.

Der Präsident des LGL Prof. Dr. Christian Weidner betont, dass sich das LGL in stetigem Austausch mit den Kommunen befindet, und freut sich, dass es diesbezüglich

schon erheblich vorangeht, zum Beispiel mit Begrünungen, Frischluftschneisen und dem Aufstellen von Trinkwasserspendern.

Sie sehen, werte GRÜNE: Das, was Sie hier fordern, ist schon längst am Laufen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein, ist es nicht!)

Aus diesem Grund sehen wir keine Veranlassung für Ihren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Und nun eine Zwischenbemerkung des Kollegen Patrick Friedl.

Patrick Friedl (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Dr. Behr, liebe Andrea, wir sind beide aus Würzburg. Das waren einstimmige Beschlüsse, bis die CSU-Fraktion bei den Haushaltsberatungen beim Rathausplatz einen Rückzieher gemacht hat. Das aber nur nebenbei.

Gibt es in Würzburg einen Hitzeaktionsplan? Wie viele Kommunen in Bayern haben denn einen Hitzeaktionsplan, und wie viele davon wurden gefördert? Warum sind es so wenige?

Dr. Andrea Behr (CSU): Dazu kann ich nur sagen, lieber Patrick: Ich habe nur ein Mandat; das ist mein Landtagsmandat. Du bist Stadtrat in Würzburg, und daher solltest du das wissen.

(Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut! – Johannes Becher (GRÜNE): Er weiß es ja! – Michael Hofmann (CSU): Weshalb stellt er dann solche Fragen?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Prof. Ingo Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeden Sommer dasselbe Prozedere: Die Medien berichten unentwegt von apokalyptischen Zuständen, und die GRÜNEN stellen Anträge zu diesen herbeigeschriebenen falschen Krisen.

Einmal mehr versuchen Sie mit diesem stumpf-populistischen Antrag, die Menschen zu verunsichern. Es geht um das sogenannte "Hitzeschild 2030 für Bayern". Was für ein Unsinn, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Schützen müssen wir uns nicht vor der angeblichen Hitze, sondern vor Ihrer grünen Panikmache.

(Beifall bei der AfD)

Vor dem Aufkommen der grünen Partei, vor dem Aufkommen Ihrer Partei, nannten wir das Ganze nämlich noch Sommer, und die Menschen konnten sich darauf freuen.

Schauen wir uns aber die bloßen Fakten an. Deutschland hat eine jährliche Durchschnittstemperatur von 10,5 Grad. Auf der Liste der Länder nach Durchschnittstemperaturen sind wir auf Platz 177 von 217. Das heißt, über 80 % der Länder auf diesem Planeten, weltweit, sind wärmer als wir. Aber nur hier in unserem Deutschland wird eine solche realitätsferne Politik propagiert.

(Beifall bei der AfD)

Hier fragt man sich zu Recht, wie die Menschheit bisher ohne grüne Lebensanleitung in Form von staatlichem Dirigismus klarkommen konnte. Wie schaffen es eigentlich die Menschen in den 176 anderen Ländern, die alle wärmer sind als Deutschland, zu überleben?

Sie tragen ja gerne die Wissenschaft wie eine Monstranz vor sich her. Wieso hören Sie dann nicht zur Abwechslung einmal auf die Wissenschaft? Kaltes Wetter ist Studi-

en zufolge nämlich erwiesenermaßen viel gesundheitsschädlicher als warmes Wetter. Forscher haben die bislang größte Studie zum Zusammenhang zwischen Temperatur und Gesundheit angefertigt. Sie haben 74 Millionen Todesfälle zwischen 1985 und 2012 in 13 Staaten quer über den Erdball analysiert und alles ausgewertet. Das Team um Prof. Gasparrini vom Hygiene- und Tropeninstitut in London setzte die Daten in Verbindung zu einer für jedes Land einzeln berechneten Idealtemperatur. Das Ergebnis der Wissenschaftler: Kälte ist für etwa 20-mal mehr Todesfälle verantwortlich als Wärme. Wir alle können uns also zu Recht fragen: Wann werden Sie mal nach einem Kälteaktionsplan schreien?

Aber, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor. Die GRÜNEN sind weder eine Umweltpartei, noch sind sie eine Klimapartei. Die GRÜNEN sind eine Einwanderungspartei: Allein in Bayern ist die Bevölkerungszahl innerhalb der letzten zwölf Jahre um eine Million Menschen angestiegen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Selbst bei einer Diskussion zum Thema Hitze kommen Sie zum Thema Einwanderung!)

Wer sorgt denn für Ihre grauen Hitzefallen? – Sie! Sie sind es selber. Ihre Politik der ungebremsten Masseneinwanderung macht die Städte dichter, macht die Versiegelung zwecks Wohnraumbeschaffung größer und lässt die Temperatur der städtischen Wärmeinseln ansteigen. – Wir haben es gerade gehört.

Das sind also drei Punkte, die Sie selber verursachen.

(Beifall bei der AfD)

Noch ein Zusatz: Für die CO₂-gläubigen Klimaideologen unter Ihnen sei noch ergänzt: Mit jedem Armutseinwanderer hierzulande steigern Sie den globalen CO₂-Ausstoß. Denn emittiert etwa ein Syrer in seinem Heimatland 1,2 Tonnen CO₂ pro Jahr, so emittiert er danach in Deutschland 7,3 Tonnen pro Jahr – eine Steigerung um das Sechsfache.

(Sanne Kurz (GRÜNE): So ein Quatsch!)

Damit wird klar, dass Ihnen CO₂-Bilanz und CO₂-Fußabdruck völlig egal sind; alleine die Agenda einer Multikulti-Gesellschaft zählt für Sie.

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Herr Kollege. Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor, zunächst der Kollege Franc Dierl, CSU-Fraktion.

Franc Dierl (CSU): Geschätzter Herr Kollege Hahn von der AfD,

(Gülseren Demirel (GRÜNE): "Geschätzt" reicht, bitte!)

habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Sie sich wirklich hierinstellen und den Klimawandel, der dokumentiert ist, der zu fürchterlichen Auswirkungen auf dieser Erde führt, einfach wegwischen? Sie sagen: Sommer war schon immer schön. Wir können froh sein, dass wir hier leben. – Dass Menschen auf dieser Erde, bei denen sich das Klima ändert, durch Fluten sterben, durch Hitze sterben, durch den Klimawandel sterben,

(Unruhe bei der AfD)

das wischen Sie alles weg und sagen: Wir Menschen, wir Deutschen hier freuen uns auf den Sommer. – Ist das wirklich Ihr Ernst?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Dierl, es ist mein voller Ernst. Ich warte schon sehnsgütig auf diesen Sommer. Wir haben in diesem und im letzten Jahr Niederschläge von mehr als 50 % über dem Durchschnitt.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sind Ihnen Menschen einfach wurscht?)

Vor zwei Jahren wurde noch die große Dürre propagiert. Wir haben keine Überhitzungstemperaturen. Der Einzige, der hier eine Überhitzung gehabt hat, ist der Kollege von Brunn. Er hat dieses Wort immer benutzt. Er ist jetzt wahrscheinlich in die Wüste ausgewandert. Ich weiß nicht, ob Frau Schulze ihm vielleicht folgen mag.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Vielleicht mag Frau Schulze ihm folgen. Sie steht ja bei diesem Antrag ganz vorne drauf, traut sich aber offenbar nicht, hier dazu zu reden. Wir haben in diesem Jahr keine Hitze. Ich warte sehnsgütig auf diesen Sommer. Wir haben schon wieder kürzere Tage. Es ist immer noch nicht anständig heiß. In sechs Wochen fängt der Herbst an.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie so eine Meinung haben und wenn es Ihnen hier vielleicht zu heiß wird, dann setzen Sie sich doch zu den GRÜNEN rüber. Dann passt das sehr gut zu den vier anderen Landeskoalitionen, die eh schon schwarz-grün sind.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Andreas Birzele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Birzele (GRÜNE): Herr Prof. Dr. Hahn von der AfD, Sie sind wirklich der lebende Beweis dafür, dass akademische Titel nicht unbedingt etwas mit Intelligenz zu tun haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD – Christoph Maier (AfD):
Das ist eine Beleidigung!)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich habe jetzt keine Frage von Ihnen vernommen. Aber ich könnte Sie gerne dazu auffordern, vielleicht einfach mal Ihre akademischen Verdienste

hier darzulegen. Ich sage Ihnen eines: Ich bin studierter Ökologe, promovierter Landschaftsökologe,

(Lachen bei den GRÜNEN)

und ich habe in meinem Berufsleben, in über 20 Jahren an der Hochschule, über 50 internationale Publikationen in Naturschutz und Ökologie veröffentlicht. Ich glaube, das sind mehr, als die gesamte grüne Fraktion da vorne hat.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Zöller, bitte.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Erst mal vielen Dank im Namen meiner FREIE-WÄHLER-Fraktion und auch in meinem Namen, dass wir heute dieses wichtige Thema hier im Hause ansprechen dürfen.

Gerade Kinder und ältere Personen, vor allem unsere Patientinnen und Patienten sowie pflegebedürftige Menschen zu Hause oder in stationären Einrichtungen brauchen an heißen Tagen dringend Hitzeschutz.

Im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – ich hangle mich jetzt mal ein bisschen durch Ihren Antrag – steht:

"Aufgrund der Klimakrise nimmt die Hitzebelastung für Mensch und Umwelt deutlich zu."

– Das stimmt. –

"Es wird Hitzevorsorge für alle Menschen in Bayern benötigt."

– Das stimmt. –

"Dörfer, Märkte und Städte müssen sich der Klimaerhitzung anpassen."

– Dafür werbe ich auch als Patienten- und Pflegebeauftragter. Auch das stimmt also.

Bei Ihrem Punkt "innerörtliche Gebiete" freue ich mich schon auf den Spessart heute Abend; denn dort ist es einige Grad kühler als hier im schönen München.

Sie schreiben:

"Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Kommunen die unmittelbaren Auswirkungen vor Ort kennen, entsprechend können sie am besten Hitzevorsorge betreiben und in Hitzeaktionsplänen verankern."

– Ja, das stimmt auch. Das wissen die Kommunen, und das werden sie auch tun. Wir haben gerade von Patrick Friedl gehört, dass es wohl erst sechs Kommunen gibt, die sich aktiv damit beschäftigen. Deshalb müssen wir dafür sicherlich auch werben.

Sie fordern die Staatsregierung auf, die Kommunen aktiv bei der Erstellung dieser Hitzeaktionspläne und deren Umsetzung vor Ort, insbesondere durch verschiedene Maßnahmen, die Sie auch aufgezählt haben, zu unterstützen.

Ferner schreiben Sie:

"Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, in den Regierungsbezirken Stellen zur Hitzekoordination einzurichten."

– Da sage ich das erste Mal Nein. Bitte nicht schon wieder neue Stellen und neue Bürokratie schaffen! Denn all das gibt es schon, all das ist unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern schon längst bekannt. Auch die Landräte wissen Bescheid und haben dazu mit Sicherheit schon ihre Gesundheitsämter informiert oder in ihren Gesundheitsregionen plus für das Thema geworben und für das Thema sensibilisiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, das können Sie nicht wissen; denn in den Rathäusern sind Sie ja noch nicht so angekommen. Aber Sie können im Landratsamt Miltenberg gerne mal anrufen und Ihren Kollegen fragen, der sich jedes Jahr auch für die gestiegenen Personalkosten verantworten muss. Dazu kann ich

sagen: Allein im kleinen Landkreis Miltenberg sind es 3,5 Millionen Euro, die aufgrund staatlicher Aufträge von uns, aber auch vom Bund, in das Defizit laufen. Es muss gearbeitet werden, aber die Erstattung kommt nicht im entsprechenden Maß.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das ist der Antrag von gestern Abend!)

– Ja, den habe ich gleich mitbearbeitet.

Das, was Sie fordern, gibt es bereits: Hitzeaktionspläne können grundsätzlich als Teil eines weitergehenden Konzepts zur Klimaanpassung oder als Teilkonzepte mit Förderschwerpunkt "Klimaschutz in Kommunen" nach den Förderrichtlinien Kommunaler Klimaschutz in Höhe von bis zu 70 %, in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf sogar bis zu 90 %, mit bis zu 150.000 Euro gefördert werden.

Die KommKlimaFör tritt Ende 2026 außer Kraft. Vielleicht sollte man jetzt mal richtig Werbung dafür machen oder sie noch ein bisschen verlängern.

Die Richtlinien sind den Kommunen insbesondere über den regelmäßig stattfindenden Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden sowie den kommunalen Newsletter des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz bekannt.

Auch über das Regionalbudget sind schon in vielen Kommunen öffentliche Trinkbrunnen mit 80 % Förderung beschafft worden. Diese brauchen wir in jeder Ortschaft und in jedem Stadtteil. Es dürfen dann auch die Kolleginnen und Kollegen der AfD hingehen und etwas trinken. Für alle Parlamentarier, um noch mal sicher zu gehen, dass keine falschen Hoffnungen hier im Hause aufkommen: Aus diesen Brunnen soll dann natürlich kühles Trinkwasser plätschern.

Also, bitte nicht immer wieder neue Posten für unsere Regierungen und Landrätsämter schaffen! Ihr Gedanke ist sehr gut, aber alles ist schon längst machbar. Das Gesundheitsministerium und die Regierungsfraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER, gerne auch mit der Unterstützung aller demokratischen Parteien hier im Hohen Haus, müssen für diese Hitzeschutzpläne werben.

Daher brauchen wir diesen Antrag nicht. Wir müssen nur machen. – Ich wünsche uns auch eine schöne Sommerpause.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte noch kurz am Rednerpult. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Patrick Friedl.

Patrick Friedl (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Zöller, lieber Thomas, keine Sorge, wir kennen die kommunale Familie und wissen, was in den Kommunen los ist. Ich arbeite seit 2008 in einem Stadtrat mit. Wir haben die Pandemie miteinander durchgestanden und kennen die Überlastungssituation der regionalen Gesundheitsämter in den Landratsämtern. Im Antrag steht nicht "neue Stellen", sonst hätte ich "neue Stellen" hineingeschrieben, sondern es heißt "Stellen [...] einzurichten", also umverteilen. Ich glaube, eine Umverteilung auf Bezirksebene, um die kommunale Familie zu unterstützen und zu entlasten, deren Gesundheitsämter stark belastet sind, wäre sicherlich nicht von Schaden.

Das Werben ist der Hintergrund des Antrags. Dieses findet bislang nicht in angemessener Form statt; denn sonst wüssten die Kommunen, dass das Ganze gefördert werden kann. Sie wissen es aber nicht. Ich habe sie alle angeschrieben. Davon wussten über 80 % nicht, dass sie gefördert werden können.

Thomas Zöller (FREIE WÄHLER): Nochmals danke für den Antrag. Deswegen habe ich ja gesagt, wir müssen dafür werben. Vielen Dank, dass du dich auch so damit beschäftigst, Patrick. In den Landratsämtern ist der Landrat oder im Rathaus der Bürgermeister für die Umverteilung zuständig. Dafür brauchen wir keinen eigenen Antrag. Das machen sie vor Ort schon sehr gut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nun spricht Frau Kollegin Anna Rasehorn.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen! Als Stadträtin durfte ich – –

(Lachen bei der AfD)

– Schön, dass Sie sich hier angesprochen fühlen. Ich glaube, das zeigt mehr, dass Sie sich Gedanken machen und sich nicht angesprochen fühlen.

Als Stadträtin durfte ich am Klimawandelanpassungskonzept der Stadt Augsburg mitwirken. Wir haben dort nämlich schon eines. Hierfür wurden wissenschaftliche Grundlagen erarbeitet und der Öffentlichkeit sowie unseren Verwaltungsfachexperten zur Verfügung gestellt. Darauf aufbauend haben wir 47 Maßnahmen, Strategien und Leitprojekte erarbeitet, um gut für die Folgen des voranschreitenden Klimawandels gerüstet zu sein. In den Studien wurde deutlich, dass Augsburg vor allem Hitze- und Dürreperioden mit kurzem Starkregen und Windböen ausgesetzt sein wird. Unser zukünftiges Klima in Augsburg wird dem gegenwärtigen Klima auf dem Westbalkan oder im Hinterland von Venedig entsprechen. Bei Klimawandelleugner:innen werden hier vielleicht Vorstellungen von wunderbaren Urlaubsregionen wach.

(Zuruf von der AfD)

Für unseren Stadtwald, für unser UNESCO-Welterbe Wasser und die Augsburger:innen bedeutet das eine Katastrophe, weil unsere Biome tatsächlich nicht auf dieses Klima ausgelegt sind. Aber zwischen Wetter und Klima zu unterscheiden kann für manche schwierig sein.

(Beifall bei der SPD)

Von der Hitze werden eng bebaute und vom Wind abgeschnittene Bereiche in ganzen Stadtgebieten betroffen sein. Dem können wir nur entgegentreten, wenn wir es schaffen, die Stadt zu kühlen, Stichwort Schwammstadt.

Für uns hat dieses Konzept, allein das Papier, trotz Förderungen des Freistaates und des Bundes eine halbe Million Euro gekostet. Im Praxisleitfaden für kommunalen Klimaschutz des Bundeswirtschaftsministeriums ist man zu dem Schluss gelangt, dass Kommunen je nach Größe für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes bis zu drei Euro pro Einwohner ausgeben müssen. Das stellt unsere Kommunen finanziell vor große Herausforderungen, zumal jede Kommune dann selbst Maßnahmen ergreifen muss, die auch finanziert werden müssen. Kein Wunder, dass sich hier erst ein Viertel der Kommunen in Bayern auf den Weg gemacht haben.

Hier, lieber Herr Kollege Zöller, reicht Werbung auch nicht aus. Ich glaube, wir müssen noch einmal über die Finanzierung sprechen, ein Gesamtkonzept für die Finanzierung entwickeln und nicht nur Einzelmaßnahmen fördern.

Jedoch legt der Freistaat den Kommunen hier sogar noch Steine in den Weg, wie zu Recht vom Bayerischen Städtetag kritisiert wurde. Der Plan der Bayerischen Staatsregierung, Artikel 81 Absatz 1 Nummer 5 der Bayerischen Bauordnung zu streichen, ist äußerst bedenklich. Mit dieser Maßnahme wird nicht das Baurecht entbürokratisiert, sondern das Recht der Kommunen, Freiflächengestaltungssatzungen zu erlassen, hinfällig. Dies stellt aber ein gravierendes Eingreifen in die Autonomie unserer Städte und Kommunen dar. Diese Satzung ist nämlich ein wichtiges Instrument – wir wissen das als Stadt Augsburg sehr gut –, um mit den Kommunen lokale Klimaanpassungen und Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität umzusetzen. Themen wie Schwammstadt, Überschwemmungsschutz oder Hitzeprävention werden ohne dieses Instrument stark gefährdet. Kommen Sie bitte zur Besinnung, statt sich jetzt in Versprechungen zu flüchten, dass eine Bodenversiegelung nach Artikel 7 der Bayerischen Bauordnung möglichst zu vermeiden sei. Das ist nicht dasselbe und auch nicht ausreichend. Die Pläne der Staatsregierung laufen in diesem Punkt den Herausforderungen des Klimaschutzes zuwider.

Wir unterstützen den Antrag der GRÜNEN für den Hitzeschutzaktionsplan, weil dieser ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Wir als SPD-Fraktion unterstützen

euch hier. Es ist an der Zeit, uns den Herausforderungen zu stellen. Eine wunderschöne Sommerpause!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/2862 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.